

Das letzte Interview mit Bundesrat Willi Ritschard : Sozialismus als Weg

Autor(en): **Ritschard, Willi / Schiesser, Hans Kaspar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 12: **Willi Ritschard**

PDF erstellt am: **13.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340047>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

weiss au nid warum dass mer eis nied darf tue, de Begriff «Freiheit» und de Begriff «Solidarität» vonenander tränne. Er hed gwüss, das ghört zäme, und das ghört drum zäme, wil nume so chönne au ufgestelli, au

selbstbewussti Bürgerinne und Bürger imene Land und nid Untertane läbe, und für das hed er kämpft. Ich ha s Gefühl, dass es leer worde isch i de Schwiz, im Moment, sid er nümme do isch.

Das letzte Interview mit Bundesrat Willi Ritschard

Sozialismus als Weg

Kurz nachdem Bundesrat Willi Ritschard seinen Rücktritt aus der Landesregierung gegeben hatte, gewährte er dem Pressesprecher der SPS, Hans Kaspar Schiesser, ein Interview, in dem er Rückschau hielt. Es sollte das letzte Interview werden, das ein Journalist mit dem bei der Presse beliebten Magistraten machen konnte. Wir geben das Gespräch im Wortlaut wieder.

hks: Ab Ende Dezember wirst Du die Bürde der Regierungsverantwortung nicht mehr tragen. Bist Du erleichtert?

Ritschard: Im Moment fühle ich mich unheimlich erleichtert. Die Politik wird mich natürlich auch nach der Pensionierung nicht loslassen. Aber ich bin nicht mehr im gleichen Ausmass der Kritik ausgesetzt, manchmal auch einer böswilligen Kritik oder einer Kritik, die auch aus einer gewissen Profilsucht herauskam.

hks: Die Kritik aus den eigenen Reihen hat Dich offenbar mehr berührt, als viele von uns gehnt hatten. Du hast am Radio erwähnt, die Atomkraftwerk-Debatte zu Zeiten als Energieminister hätte Dich zum Herzinfarkt gebracht, nicht zuletzt dabei die Haltung der Jusos.

Ritschard: Ich habe die Haltung der Jusos nie kritisiert.

Und ich habe die Haltung der eigenen Partei zur Atomenergie immer sehr gut verstanden. Ich wollte niemanden anklagen. Aber es war für mich unheimlich belastend, gegen die eigene Partei und — doppelt belastend — gegen die Jungen antreten zu müssen. Ich habe damals befürchtet, ihnen den Glauben gerade an jenen Bundesrat zu nehmen, den sie eigentlich als ihren Bundesrat ansehen.

hks: Hat Dich bürgerlicher Widerstand nie so getroffen?

Ritschard: Nein. Aber im Verlauf der Jahre wird die Haut wahrscheinlich nicht, wie viele Leute sagen, immer dicker. Ich habe im Gegenteil das Gefühl, man wird immer dünnhäutiger. Ich muss zugeben, dass mich die Lügen, die in der Novosti-Affäre um mich herum gebaut wurden, ehrlich getroffen haben. Nicht allein wegen meiner Mitarbeiter, denen man sogar Fingerabdrücke genommen hat, sondern auch weil versucht wurde, bei mir den Ausgangspunkt der Indiskretionen zu suchen. Dahinter habe ich eine ganz perfide politische Aktion vermutet, und bei gewissen Journalisten, nicht bei allen, war das auch der Fall.

hks: Könnte man es nicht einfach als Dummheit werten, was damals geschah?

Ritschard: Soviel Dummheit auf einem Haufen, das trifft man doch selten an.

hks: Richtet sich demnach ein Teil Deines Grolls in der Novosti-Affäre auf die Bundespolizei?

Ritschard: Ja. Die ganze Informationspolitik in der Novosti-Geschichte war unglücklich. Das weiss auch Bundesrat Friedrich. Mich hat unheimlich getroffen, dass die Friedensbewegung in unserem Land, die ehrlich um den Frieden ringt, das Gefühl bekommen musste, sie werde mit einem ausländischen Pressebüro in einen Kübel geworfen. Mit anderen Worten, die schweizerische Friedensbewegung sei am Gängelband eines ausländischen Pressebüros, das nicht weiss, was sich gehört. Deshalb trat ich grad von Anfang an für die Veröffentlichung des Novosti-Berichtes ein, damit nicht solche Verdächtigungen entstehen können.

hks: Du hast ab und zu betont, dass man die Macht, die der Bundesrat hat, nicht überschätzen soll. Wie steht es nun wirklich mit dieser Macht im zehnjährigen Rückblick?

Ritschard: Mit der Macht des Bundesrates ist es wirklich nicht weit her. Spielraum besteht bei der Wahl des Bundespersonals, bei Subventionen, wenn das Budget einmal bewilligt ist. Aber in den meisten Fällen schreibt das Gesetz genau vor, wie es zu laufen hat. Unser Volk, vor allem der Arbeitnehmer, muss sich bewusst sein, dass er auf politischem Gebiet die Macht über den Stimm- und den Wahlzettel in den Händen hat. Völlig anders sieht es in der Wirtschaft aus, die keine Demokratie kennt. Es ist wichtig dort festzustellen, dass diejenigen, die die Macht haben, auch die Verantwortung tragen müssen.

hks: Ein grosser Teil des Volkes will aber offenbar diese Macht

gar nicht mehr. Er zeigt mit Abstimmungsabstinenz eine ausgeprägte Staatsverdrossenheit.

Ritschard: Wir mussten den Staat ausbauen, wir mussten mehr Gesetze machen. Aber ein perfektes Gesetz, das allen gleich passt, gibt es kaum. Es wird immer so sein, dass dem einen der Kittel etwas zu kurz, den anderen die Hose etwas zu lang ist: so richtig wohl ist wenigen Schweizern in einem Gesetz, das für den Appenzeller gleich gilt wie für den Zürcher. Wie genau wir das ändern, kann ich Dir nicht sagen. Sicher stimme ich nie mit jenen überein, die jetzt diese Staatsverdrossenheit predigen. Die sa-



Die Anteilnahme des Volkes

gen, es müsse weniger Staat geben, dann gäbe es automatisch mehr Freiheit. Ich halte das für einen verlogenen Slogan. Es ist in Wirklichkeit umgekehrt: der Staat muss Freiheit verteilen. Freiheit ist nur in einem begrenzten Ausmass vorhanden. Und je näher man beieinander

wohnt, und wir wohnen in diesem Land eng zusammen, desto mehr muss die vorhandene Freiheit unter die Leute verteilt werden. In einem Einfamilienhaus braucht es keine Hausordnung, in einem Zweifamilienhaus braucht es eine. Wenn es ohne Gesetz möglich wird, dass einer ein grosses Stück dieser Freiheit für sich in Anspruch nimmt, dann haben andere halt um so weniger. Mit seinen sozialen Gesetzen hat der Staat nicht nur den Sozialstaat ermöglicht, er hat auch Freiheit verteilt. Ein alter Mann oder eine invalide Frau, die um Unterstützung nachsuchen müssen, wie das früher so war, das sind keine freien Menschen. Daran sollte einer auch denken, wenn er flucht, dass er beim Autofahren nicht mit 170 über die Autobahn rasen kann, obwohl sein Wagen noch mehr hergäbe. Er hat daran zu denken, dass auch der andere eine Freiheit hat, dass er ihn durch sein schnelles Fahren gefährdet.

Wahrscheinlich gibt es von den 2126 Gesetzen einige, die man überdenken könnte. Und das hat man auch immer wieder gemacht. Ich könnte mir vorstellen, dass man da und dort etwas abbauen und etwas weniger Staat machen könnte, wo es nicht um die Substanz und nicht ums Verteilen von Freiheit geht.

Ich stelle nur fest, dass immer dann, wenn wir so ein Gesetz aufheben wollen, es in der Regel nicht die Arbeitnehmerschaft ist, die gegen die Aufhebung Sturm läuft. Meist sind es diejenigen, die von den entsprechenden Subventionen profitieren.

Wir Sozialdemokraten müssen uns vor allem dagegen wehren, dass man Staat mit Verwaltung gleichsetzt. Staat muss, nach sozialdemokratischer Auffassung, eine solidarische Gemeinschaft sein. Dieses Gemeinschaftsgefühl hat vor allem während des Zweiten Weltkrieges existiert, ich habe das persönlich erlebt. Damals gab es eine Sozialpflicht des Eigentums. Wir haben heute jedem, der sich ein grosses Stück Freiheit heraushauen will, zu sagen, dass er unsolidarisch handelt und sich offenbar nicht als echtes Mitglied dieser Gemeinschaft empfindet.

hks: Der Appell an die Solidarität hat aber oft wenig genützt. Und politisch waren wir auch schon erfolgreicher als jetzt. Was machen wir falsch?

Ritschard: Das hängt möglicherweise damit zusammen, dass wir die solidarische Gemeinschaft nur als Ziel sehen. Diese Gemeinschaft ist auch ein Weg. Wer politische Solidarität vertreten will, muss selbst ein solidarischer Mensch sein. Wir waren uns immer gewöhnt, in einem Programm unter den Titel «Sozialismus» ein leuchtendes Ziel zu formulieren. Wir müssen uns klar machen, dass Sozialismus ein Weg ist, der soziales Empfinden bei uns selbst voraussetzt. Wir haben das weitgehend fertiggebracht. Deshalb sind auch unsere Sozialwerke im grossen und ganzen nicht antastbar. Gleich ist es aber auch mit der Solidarität. Wir verwirklichen sie am ehesten, wenn wir sie als Vorbild in den eigenen Reihen verwirklichen.